

Ausland

Japan

Werbung für den Sperrbezirk

Üppiges Grün, wilde Bäche, klarer Sternenhimmel – mit diesen Vorzügen und einer Schnuppertour samt Gratisübernachtung wirbt die japanische Gemeinde Kawauchi um neue Bewohner. Die Werbeaktion richtet sich speziell an Alleinerziehende. Interessierten Vätern und Müttern verspricht Kawauchi eine großzügige Umzugsbeihilfe und Mietzu-

schüsse für die ersten drei Jahre.

Allerdings hat die reizvolle Gegend einen Nachteil: Kawauchi liegt wenige Kilometer südwestlich des havarierten Kernkraftwerks Fukushima Daiichi. Nach der Strahlentastrophe im März 2011 war der Ort evakuiert worden. Doch Mitte Juni gab die japanische Obrigkeit den letzten Sperrbezirk von Kawauchi zur Besiedlung frei. Die Gemeinde gilt offiziell als dekontaminiert, radioaktiv verstrahlte Erde und Pflanzen wurden ab-

getragen, in Säcke gepackt und an einem Zwischenlager im Ort deponiert. Doch von den nahen Bergen kann bei Regen weiterhin verstrahltes Wasser talwärts fließen. Einst hatte Kawauchi rund 3000 Einwohner, davon leben erst knapp 1800 wieder in Kawauchi, weit mehr als ein Drittel sind Alte. Vor allem Familien mit Kindern zögern zurückzukehren, viele misstrauen den Zusicherungen der Regierung, die auf rasche Rückkehr drängt – und nun auf finanzielle Anreize setzt. ww

Spanien

Revolte im Machtvakuum

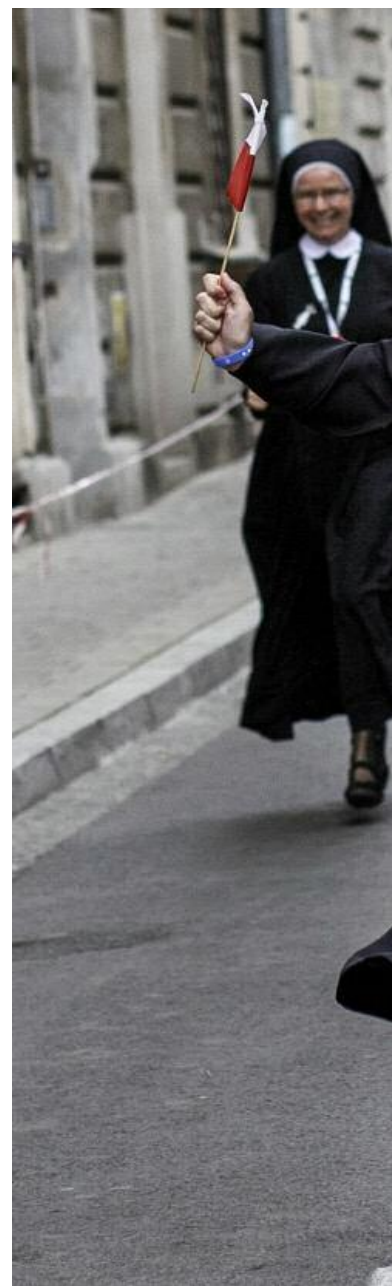
Während in Madrid König Felipe VI. mit den Parteiführern beriet, wie nach der Wahlwiederholung vor einem Monat eine neue Regierung gebildet werden kann, nutzte Barcelona das Machtvakuum: In der Hauptstadt Kataloniens haben die separatistischen Parteien mithilfe ihrer absoluten Mehrheit im Parlament die Abspaltung der autonomen Region von Spanien vorangetrieben. Ein neuer Plan zur „einseitigen Loslösung“ sieht

zunächst eine Volksbefragung vor, dann die Trennung von Madrid und Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, abschließend ein Referendum über diese katalanische Verfassung. Mit einer entsprechenden Resolution setzten sich die katalanischen Parlamentarier am Mittwoch bewusst über das jüngste Urteil des Verfassungsgerichts hinweg. Deshalb hat der amtierende spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy, dem sonst der Rückhalt fehlt, die Unterstützung aller gesamtspanischen Parteien erhalten, um

das Verfassungsgericht erneut anzurufen. Doch die Chancen, die rebellierenden Abgeordneten in Barcelona zu disziplinieren, sind gering. Zwar drohen der Parlamentspräsidentin Carme Forcadell die Absetzung und eine Geldstrafe von bis zu 30 000 Euro sowie eine Klage. Sie schiebt jedoch alle Verantwortung auf die Fraktionsführer der Separatisten. So wird der künftigen Regierung in Madrid womöglich nichts anderes übrig bleiben, als die illegale Volksabstimmung mithilfe der staatlichen Ordnungskräfte zu unterbinden. hzu



Demonstration katalanischer Separatisten in Barcelona



Fußnote

42 000 Kenianer

sollen sich nach Uno-Angaben als angebliche Flüchtlinge in das Lager Dadaab im Norden ihres Landes eingeschlichen haben. Sie gaben sich wohl als Südsudanesen oder Somalier aus, um so Essen und Unterkunft zu erhalten. Die kenianische Regierung will das mit rund 340 000 Bewohnern größte Flüchtlingslager der Welt nun schrittweise verkleinern.